

## 2. Parteiprogramme in der politikwissenschaftlichen Forschung

### 2.1 Typen und Funktionen

Die Begriffe *Parteiprogramme* und *Parteienprogrammatisik* sind nicht identisch. Letztere umfasst die Gesamtheit der in politischen Parteien angetroffenen Zielsetzungen und -vorstellungen politisch-inhaltlicher Natur.<sup>11</sup> Parteiprogramme können enger als schriftliche Dokumente, in denen politische Parteien ihre Haltungen, Einstellungen, Ziele und teils auch Grundwerte niederlegen, definiert werden (Ehtreiber 2007: 321-22). *Grundwerte* werden nicht einheitlich als solche, sondern teils alternativ als *Grundsätze*, *Grundprinzipien*, *Leitsterne* o.ä. bezeichnet (Schneider 1979: 114). Die v.a. in den Grundsatzprogrammen dargelegten Grundwerte gelten als normative, nur subjektiv bestimmbare Ziele; sie konkretisieren sich im innerparteilichen Konsens und stehen in einer komplexen, nicht spannungsfreien Wechselbeziehung (Schlei/Wagner 1976: 94).<sup>12</sup> An die Grundwertebestimmung schließt sich meist eine *Realanalyse* (oder *Zeitanalyse*) an, in der die Gegenwart aus Sicht der Partei beschrieben wird. Aus diesem Vergleich von Realität und Idealität werden dann präskriptive Aussagen (Forderungen) abgeleitet, die neben wertenden Aussagen und Sachaussagen den eigentlichen Kern der Programme darstellen (Stammen 1996a: 27-31). Neben den konfrontative Themen (*Positionsthemen*) enthalten Programme auch sich nicht falsifizierbaren Leerformeln annähernde, konsensorientierte *Valenzthemen* wie die Notwendigkeit, den Frieden aufrechtzuerhalten (Stokes 1963).

Zu unterscheiden sind v.a. die längerfristig orientierten, abstrakt gehaltenen, eher nach innen gerichteten Grundsatzprogramme und die kurzfristig orientierten, konkreten und nach außen gerichteten Wahlprogramme.<sup>13</sup> Daneben gibt es

---

<sup>11</sup> Politisch-inhaltliche Ziele sind doppelt abzugrenzen von politisch-strategischen Zielen (z.B. Koalitionserwägungen), und von organisatorisch-technischen Fragen der Politik. Die Programmatik einer Partei äußert sich, so u.a. die BVG-Verbotsurteile, nicht nur in den Parteiprogrammen, sondern auch in Schriften, Reden, parlamentarischen Vorstößen, Parteimedien usw.

<sup>12</sup> Die Ebenen Grundwerte und Forderungskatalog sind klar zu trennen: So hatten CDU und SPD in den 1970er-Jahren trotz abweichender Forderungen identische Grundwerte (*Freiheit/Gerechtigkeit/Solidarität*) (Schlei/Wagner 1976).

<sup>13</sup> Die Literatur spricht teils von einer *normativen Aufgabenteilung* zwischen den eher leicht zu realisierenden Forderungen der Wahlprogramme und den teils utopisch-visionären Zielen der Grundsatzprogramme (Czerwick 1984, Rölle 2002).

mittelfristig orientierte Aktionsprogramme, die seit den 1980er-Jahren jedoch zunehmend aus der Mode geraten.

Neben den Totalprogrammen gibt es teils politikfeldspezifische Spezial- oder Fachprogramme. Auch Regierungsprogramme und Koalitionsvereinbarungen haben Programmcharakter, ebenso Positionspapiere o.ä. Zu beachten ist, dass unterschiedliche Parteitypen und -familien unterschiedliche Programmtraditionen haben. Grosso modo bemessen Massenintegrationsparteien und Parteien der politischen Linken Programmen ein größeres Gewicht zu als Honoratiorenparteien, Wählerparteien und Parteien der politischen Rechten (Detterbeck 2011: 91-99, Katz/Mair 1995: 18, Stammen 1996a: 26; vgl. auch Kaack 1971, Kremendahl 1979, Flohr 1968, und Kadan/Pelinka 1979).<sup>14</sup>

Die Erstellung von Programmen wird in der Forschung teils als eine der zentralen Aufgaben von Parteien gesehen (Wiesendahl 2006: 6-7). Die Programmerstellung folgt meist nahezu identischen Mustern (Ausarbeitung in einer Kommission unter Rückgriff auf Fachpolitiker / Fraktionen / Ministerien, Rückkoppelung mit der Parteiführung, Beschluss durch Parteigremien), wobei sich das jeweilige Prozedere insbesondere hinsichtlich der Basisbeteiligung unterscheidet (Czerwick 1984, Däubler 2012, Merz/Regel 2013).

Die deutschen Parteiprogramme sind meist Totalprogramme, die Aussagen zu allen Politikfeldern enthalten, auch wenn die Parteien natürlich unterschiedliche Schwerpunkte setzen, und verschiedenen Parteien traditionell unterschiedliche Kompetenzen auf den jeweiligen Teilgebieten zugewiesen werden (Henecke 2008). Diese Kompetenzzuschreibungen gelten als erstaunlich stabil. Änderungen in Selbstverständnis und Fremdwahrnehmung durch neu verabschiedete Programme sind demnach nur in Grenzen möglich und nehmen meist die Form behutsamer Korrekturen an (Rölle 2000/2002, Henecke 2008). Die Forschung geht folglich von der Existenz so genannter *Policy-Leuchttürme*, also konstanter, überdurchschnittlich oft thematisierter programmatischer Topoi einzelner Parteien aus,<sup>15</sup> aber auch von der Varianz der dominanten Themen<sup>16</sup> (Merz/Regel 2013: 222)

<sup>14</sup> Vgl. folgende extreme Zuspitzung: „Sie [Angela Merkel] mag keine Programme. Programme schränken ein. Sie sind die Ketten am Fußgelenk eines Kanzlers. Die Methode der SPD ist das Programm“ (Feldenkirchen/Pfister 2013: 26).

<sup>15</sup> Die *Policy-Leuchttürme* der hier untersuchten Parteien sind: Leistungsfähigkeit der Regierung – freies Unternehmertum – Freiheit & Menschenrechte – Bildungssystem – Europa (FDP); Umweltschutz – Internationalismus – Militär – politische Autorität – nicht wirtschaftlich definierte Gruppen (Grüne).

<sup>16</sup> Standen 1969 zum Beispiel Mitbestimmung, Ostpolitik und Hochschulen im Fokus, so dominierten in den 1990er-Jahren Aufbau Ost und Arbeitslosigkeit.

## 2.2 Staatsrecht

Das deutsche Recht fordert die Programmproduktion ein.<sup>17</sup> Das Parteiengesetz verlangt die Aufstellung, Hinterlegung und Aktualisierung von Parteiprogrammen:

*Die Parteien legen ihre Ziele in politischen Programmen nieder. (...) Die Partei muß eine schriftliche Satzung und ein schriftliches Programm haben. (...) Der Vorstand hat dem Bundeswahlleiter (...) Satzung und Programm der Partei (...) mitzuteilen. (...) Die Unterlagen können beim Bundeswahlleiter von jedermann eingesehen werden. Abschriften dieser Unterlagen sind auf Anforderung gebührenfrei zu erteilen* (Gesetz über die politischen Parteien, § 1, Abs. 3; § 6, Abs. 1/3).

Diese Vorschrift belegt eindrucksvoll, welchen Wert das Parteienrecht der Programmatik für die Charakterisierung von Parteien zuweist. Parteien sind somit gezwungen, nicht nur ihre kurzfristigen Ziele, sondern auch die Grundwerte und langfristigen Zielsetzungen zu explizieren, anders als in den meisten ausländischen Parteiensystemen, wo oft nur Wahlprogramme, -manifeste bzw. -plattformen veröffentlicht werden. Das Staatsrecht betont die Bedeutung von Parteiprogrammen insbesondere in Hinblick auf die Interessenaggregation und die Mittlerrolle zwischen Bürger und Staat (Grimm 1994). Auch das Bundesverfassungsgericht hat in den bisherigen Parteienverbotsverfahren die zentrale Rolle der Programmatik hervorgehoben (Bezold 1969: 22, Reichart-Dreyer 2000: 28).

## 2.3 Hier verwendeter Programmbegriff

Die drei wichtigsten Programmtypen<sup>18</sup> werden definitorisch wie folgt gefasst:

**Grundsatzprogramme** sind allgemein gehalten, nicht zuletzt da sie den Frei- raum der kurzfristigeren Programmtypen angesichts sich wandelnder Rahmen- bedingungen nicht zu sehr einengen dürfen. Sie sind langfristig konzipiert, übli- cherweise über einen Zeitraum von 10 bis 30 Jahren. Grundsatzprogramme erfül- len überwiegend eine Binnenfunktion für die Partei (Integrations-, Identifikati- ons-, Herrschafts- und Legitimationsfunktion), d.h. Adressat ist die Partei selbst (Mitglieder, Aktive, Funktionäre) (Kaack 1971). Manche Grundsatzprogramme, meist diejenigen, deren Verabschiedung mit einer inhaltlichen und/oder koaliti- onspolitischen Richtungsentscheidung einherging (Schönbohm 1974), gelten

<sup>17</sup> Zur Situation in anderen Ländern vgl. u.a. Gabriel/Brettschneider 1994.

<sup>18</sup> Zum Teil, aber nicht durchgängig, werden **Kurzprogramme** als eigener Programmtyp aufgefasst (Kercher/Brettschneider 2011: 276, Merz/Regel 2013: 215).

noch Jahrzehnte später als vieldiskutierte Höhe- bzw. Wendepunkte der Parteigeschichte (Godesberger Programm der SPD, *Freiburger Thesen* der FDP), andere geraten schnell in Vergessenheit (Berliner Programm der SPD, *Wiesbadener Grundsätze* der FDP). Grundsatzprogramme weisen einen doppelten Charakter auf: Sie können dokumentarische, nachholende oder legitimierende Funktionen erfüllen, wenn sie Lernprozesse abbilden. Sie können aber Lernprozesse auch wieder relativieren, beispielsweise nach längerer Oppositionszeit. Dies kann von einem normativen Standpunkt aus als Realitätsflucht bewertet werden. Wiederholt schon aufgetretene überraschende politische Entscheidungen, wie etwa die Agenda 2010 durch Rot-Grün, die Mehrwertsteuer-Erhöhung 2006 durch die Große Koalition oder der erneute Atomausstieg durch Schwarz-Gelb 2011 belegen, dass trotz aller empirisch nachgewiesener Relevanz der Weg von den Parteiprogrammen zum Regierungshandeln nicht dem Modell eines kybernetischen Schaltplans folgt (Henecke 2008).

**Wahlprogramme** (engl. *platforms* oder *manifestos*) enthalten konkrete Forderungen für den Zeitraum einer Legislaturperiode. Idealerweise sind diese Forderungen aus dem Grundsatzprogramm abgeleitet oder widersprechen diesem zumindest nicht. Alternative Bezeichnungen sind die aus dem Englischen stammenden Begriffe Plattform oder Manifest. Wahlprogramme erfüllen überwiegend eine Außenfunktion (Werbe-, Profil-, Agitations- und Operationsbasisfunktion), d.h. Adressat sind externe Akteure (Kaack 1971: 401-403). Neben Wählern, Journalisten, die die Programme ja vermitteln müssen, Mitgliedern, die im Wahlkampf im Sinne des Programms agitieren sollen, zählen auch potenzielle Koalitionspartner und Geldgeber zu den Adressaten eines Wahlprogramms (Pappi u.a. 2013: 7). Wahlprogramme sind somit mehr noch als Grundsatzprogramme strategisch verfasste Dokumente mit der Funktion, für die Partei vorteilhafte Botschaften an die umworbenen Gruppen auszusenden; sie sind somit auch im Kontext der Selbstbeschreibungen von Parteien im Rahmen der Wahlkampfstrategien (Lewandowsky 2013) zu sehen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen legen deutsche Parteien, nicht zuletzt aufgrund der Bestimmungen des Parteiengesetzes, zu jeder Landtags- und Bundestagswahl ein Wahlprogramm vor. Erkenntnisse aus der quantitativen Analyse von Wahlprogrammen (Klingemann/Volkens 2002) weisen darauf hin, dass die etablierten deutschen Parteien zwar in vielen wesentlichen Punkten nah beieinander, aber programmatisch dennoch klar unterscheidbar sind. Wahlprogramme weisen außerdem eine recht hohe Konsistenz im Zeitverlauf aus. Die Polarisierung ist bei kritischen Wahlen (1957, 1998) mitunter hoch, im internationalen Vergleich aber eher niedrig. Auf dem Kontinuum zwischen Wählerpartei mit office-seeking-Perspektive und Programm- und Mitgliederparteien mit policy-seeking-Orientierung gelten die deutschen Parteien eher als Programmparteien, was wahltaktische Verhaltens-

weisen nicht ausschließt, wie beispielsweise bei der Ansprache der *Neuen Mitte* durch die SPD 1998 oder der programmatischen Annäherung der FDP an ihren jeweiligen Koalitionspartner. Normative Theorien, die Wahlprogrammen eine besonders hohe demokratietheoretische Relevanz zubilligen (Flohr 1968), weisen einen engen Bezug zu individualpsychologischen (Campbell 1960) oder ökonomischen (Downs 1957/68) Theorien der Wahlentscheidung auf (Eith/Mielke 2001: 330-33, Korte 2013a: 110). Insbesondere von Wahlprogrammen werden in letzter Zeit neben der Grundfassung zunehmende weitere Versionen erstellt (Kurzprogramme, Fassungen in Fremdsprachen und in leicht verständlicher Sprache) (Brettschneider 2013).

Die in den 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahren üblichen **Aktionsprogramme** haben heute an Relevanz verloren. Sie waren sowohl bezüglich des Abstraktionsgrads als auch bezüglich des zeitlichen Horizonts in der Mitte zwischen Grundsatz- und Wahlprogrammen angesiedelt. Vereinzelt werden auch Wahlprogramme und politikfeldspezifische Spezialprogramme zu den Aktionsprogrammen gezählt (Volkens 1996).

Der hier verwendete Programmbegriff ist weiter als der der quantitativen Forschung, die üblicherweise vor allem *manifestos* analysiert. Er ist jedoch enger als der Begriff der *Programmatik* (s.o.). Analysiert werden vor allem Grundsatzprogramme und Wahlprogramme, ergänzt durch weitere grundlegende programmatische Dokumente in einigen begründeten Fällen (s.u.). Die zentrale Überzeugung ist, dass Programmaussagen in den meisten Fällen mehr als Sachaussagen sind, sie vielmehr genuin ideologische Aussagen enthalten, die die Rekonstruktion eines ideologisch geprägten Diskurses erlauben.

Als **Ziele** werden im Kontext der Parteiprogrammanalyse überwiegend inhaltliche Ziele (policy) verstanden; der Blick auf die Parteiziele Ämter (office) und Wählerstimmen (votes) (Müller/Strøm 1999) unterbleibt weitgehend. Merz und Regel, die den üblichen Funktionskatalog von Parteiprogrammen um die Funktionen Ideologieübersetzung, Profilbildung und Signalisierung erweitern, ordnen die verschiedenen Funktionskomplexe allerdings den vier Parteizielen Politikverwirklichung (policy-seeking), Stimmenmaximierung (vote-seeking), Regierungsbeteiligung (office-seeking) (Strøm 1990) und innerparteiliche Demokratie (Harmel/Janda 1994) zu (Merz/Regel 2013: 215/16). Die Autoren nehmen aber, anders als Kaack und Kremendahl, keine Zuordnung dieser Ziele und Funktionen zu einzelnen Programmtypen vor. Intuitiv zu vermuten wäre, dass den Parteizielen Stimmenmaximierung (Werbe- und Profilbildungsfunktion) und Regierungsbeteiligung (Operationsbasis- und Signalisierungsfunktion) aus dieser Perspektive eher Wahlprogramme dienlich sind, dem Parteiziel innerparteiliche Demokratie (Integrations-, Kontroll- und Legitimationsfunktion) eher Grundsatzprogramme und dem Parteiziel Politikverwirklichung (Praxisanlei-

tungs- und Ideologieübersetzungsfunktion) Wahl- und Grundsatzprogramme gleichermaßen.

## 2.4 Aussagekraft von Parteiprogrammen

Die Grundsatzprogramme politischer Parteien sind von hoher Relevanz für die ideologische Einordnung. Obwohl die Parteienforschung den Grundsatzprogrammen anders als den Wahl- und Aktionsprogrammen primär nach innen gerichtete Funktionen zuschreibt (u.a. Integration, Stimulation; s.o.), sind sie die beste Quelle für die langfristigen Zielsetzungen, die Gegenwartsanalysen und die Grundüberzeugungen einer Partei. In den je nach Autor leicht unterschiedlichen Funktionskatalogen zählt die Parteienforschung die Programmproduktion übereinstimmend zu den zentralen Funktionen (Beyme 1982, Dalton/Wattenberg 2000, Wiesendahl 2006).

In der Literatur wird die Aussagekraft von Parteiprogrammen überwiegend betont. Zwar ist im Kopf zu behalten, dass Parteien innerparteilichen Dissens bei der Wahlprogrammaufstellung zurückstellen, um den Wahlerfolg nicht zu gefährden (Däubler 2012: 355). Auch geben Parteiprogramme als strategisch verfasste Dokumente nicht immer vollständig Aufschluss, über das was Parteien wirklich anstreben, nicht zuletzt, weil Priorisierungen meist fehlen.<sup>19</sup> Parteiprogramme stellen aber offizielle, und somit der Partei klar zuzuordnende Dokumente dar, die im Idealfall, vor allem im diachronen Vergleich, zudem Aufschluss über die von den Parteien umworbenen Zielgruppen und über die innerparteilichen Kräfteverhältnisse geben (Stammen 1996a, Volkens 1996, Klingemann/Volkens 2002). Parteiprogramme können, da in der Regel per Mehrheitsbeschluss auf Parteitag in Kraft gesetzt, auch als kleinster gemeinsamer Nenner einer Partei in der inhaltlichen Zieldimension betrachtet werden (John 2010). Parteiprogramme stellen neben dem Führungspersonal, der Mitglieder- und Wählerstruktur sowie den Aktivitäten in Parlament und Regierung eine zentrale Dimension des Parteienwesens dar. Sie gelten auch für die politische Praxis als sehr relevant, denn die Wahlprogramme enthalten oft strategische Aussagen an potenzielle Koalitionspartner<sup>20</sup> (Pappi/Shikano 2004, Pappi/Seher 2009), bilden den Ausgangspunkt für die Koalitionsverhandlungen und fließen in die Koalitionsvereinbarungen ein. Parteien gleichen teils sehr frühzeitig die eigenen Positi-

---

<sup>19</sup> Allenfalls die Erstellung von Kurz- und Sofortprogrammen und die medialen Aussagen von Spitzenpolitikern über ihre geplanten ersten Amtshandlungen erfüllen diese Funktion. Rote Linien, nicht verhandelbare Punkte und mögliche Kompromisse werden hingegen selten explizit angeben.

<sup>20</sup> Derartige Signale können natürlich auch an dezidiert nicht erwünschte Koalitionspartner gesendet werden, z.B. in der Form deutlich herausgestrichener Unterschiede.

onen mit denen der potenziellen Koalitionspartner ab, identifizieren gleich zu Beginn strittige Punkte, die zu Sollbruchstellen der Koalition werden könnten, und verwenden eine ganze Reihe von Strategien (Formelkompromisse, Paketlösungen, Entscheidungsvertagung, Auslagerung), um Koalitionen trotz punktueller programmatischer Divergenz zu realisieren (Kropp 2001). Auch in den üblich gewordenen TV-Duellen und Talkrunden findet die argumentative Auseinandersetzung vornehmlich auf der Basis der Wahlprogramme statt. Die Programmatik elektoral erfolgreicher Parteien kann zudem eine Diffusion in die Programme anderer Parteien bewirken (Wiesenthal 1993: 99-100).

Allerdings ist die tatsächliche Bedeutung von Parteiprogrammen im politischen Prozess (*policy*-Dimension) bis heute nicht abschließend bestimmt worden, obwohl diese Frage sowohl demokratietheoretisch als auch wahlstrategisch von hoher Bedeutung ist (Rölle 2002: 264): Die Parteienforschung der 1960er-Jahre (Flohr 1968) wies ihnen aus der normativen Perspektive (Transparenz, Rationalität, Alternativangebot) enorme Bedeutung zu. Dieser Sichtweise liegt ein Mandat-Modell zugrunde, das Repräsentation als dreistufigen Prozess versteht (*responsible party model*): Auf die Präsentation der programmatischen Alternativen durch die Parteien (Stufe 1) folgt die Auswahl durch den Wähler (Stufe 2) und hierauf wiederum die Implementation des Programms (Stufe 3) (Schattschneider 1942, APSA 1950, Thomassen 1994, McDonald u.a. 2004, Däubler 2012). Inwieweit den modellhaften Stufen 2 und 3 jedoch auch empirische Relevanz zugebilligt werden kann, ist hingegen umstritten (Rölle 2002: 265). Bezüglich der Stufe 2 nimmt die Wissenschaft häufig weitgehende Nicht-Rezeption programmatischer Texte durch die Bürger an (Steinseifer-Pabst/Wolf 1994, Alemann 1995), bis hin zur überspitzen Aussage, die Wähler würden es nicht merken, falls die Parteien die Wahlprogramme nicht bewerben würden (Wolf 1990: 11). Diese These weitgehender Unkenntnis wird theoretisch durch die Abstraktheit und Komplexität der Programmtexte und fehlender individueller Lektüeranreize begründet und durch empirische Befunde gestützt (Blücher u.a. 1962, Eberlein 1962, Arzheimer/Klein 2000). Allerdings ist die Frage nach der Verantwortung hierfür Ausgangspunkt einer normativen Diskussion, denn neben den (angeblich) desinteressierten Bürgern kommen sowohl die Parteien als auch die Medien als Verantwortliche für ein Vermittlungsdefizit in Frage. Die Unkenntnis kontrastiert weiter mit dem ebenfalls empirisch erhobenen Befund, wonach Befragte angeben, Programme, und insbesondere Wahlprogramme als Informationsquelle zu nutzen (Ohr/Schrott 2001, Kepplinger/Maurer 2005, Maurer 2008) und diesen Programmen einen hohen Stellenwert für die eigene Wahlentscheidung zuschreiben (Bluck/Kreikenbom 1991). Konkrete Nachfragen zu den Programmen der Parteien lassen jedoch ebenso regelmäßig einen sehr geringen Grad an Informiertheit erkennen (Blücher u.a. 1962, Vetter/Maier 2005,

Maurer 2008).<sup>21</sup> Erklären lässt sich dieses Paradox durch sozial erwünschtes Antwortverhalten, aber auch durch ein abweichendes Verständnis des Begriffes „Wahlprogramm“ im Sinne medial vermittelter, programmatischer Kernthesen (Däubler 2012: 336). Nachgewiesenermaßen konsultieren die meisten Wähler allenfalls verkürzte und spielerisch aufbereitete Versionen der Programme wie den Wahl-O-Maten. Auf weitere entscheidungsrelevante Größen, v.a. auf Stereotype (Klingemann 1983/1986) wie „Images“ (Raschke 1970: 15), oder „Personalisierung“ und „Reizwortbildung“ (Czerwick/Sarcinelli 1982: 20), haben Parteiprogramme indirekten Einfluss (Diffusion) (Rölle 2002: 270-71). Auch bezüglich Stufe 3 (Implementationsrelevanz) wird Parteiprogrammen in Wissenschaft, Öffentlichkeit und bei Politikern selbst oft fehlende Relevanz unterstellt, obwohl sie andererseits kontinuierlich neu erarbeitet werden (Reichardt-Dreyer 1997/2000) und obwohl mehrere empirische Studien (vgl. für Deutschland Hofferbert/Klingemann 1990, Hofferbert u.a. 1992, Thurner 1998, Behnke 1999, Rölle 2000 und Bräuninger 2005 und Pomper 1967/1968, Ginsberg 1982, Rallings 1987, Schedler 1998 und Mansergh/Thomson 2007 für die internationale Ebene) teils zum gegenteiligen Schluss eines ganz erheblichen Einflusses von politischer Programmatik, gerade auch kleiner Parteien, auf die Regierungsbildung und die spätere politische Praxis (Koalitionsbildung, Gesetzgebung, Prioritätensetzung im Haushalt) kommen.<sup>22</sup> Eine übereinstimmende Erkenntnis mehrerer empirischer Studien ist der Umstand, dass die Programme kleiner Parteien sehr viel weniger bekannt sind als die großer Parteien, wobei sehr spezifische, mit einer bestimmten Partei verknüpfte Forderungen (z.B. Grüne und Atomausstieg) eine Ausnahme darstellen (Pappi/Brandenburg 2012: 8, 11, 19). Die defensive Position der Grünen im Bundestagswahlkampf 2013 belegt den teils äußerst begrenzten Handlungsspielraums kleiner Parteien hinsichtlich Kommunikation und Themensetzung: Kleinen Parteien, die von Mitbewerbern und Medien auf bestimmte programmatische Positionen verengt werden, schaffen es nur schwer,

<sup>21</sup> Die Parteiprogramme sind Stammwählern aber wichtiger als Wechselwählern (Deutsche Nationale Wahlstudie 1987, Rölle 2002).

<sup>22</sup> Wie interpretationsbedürftig und ambivalent derartige Erkenntnisse sein können zeigt Kleins Studie, in der der Autor reklamiert, seine Arbeit bestätige „das normative Ideal des mündigen Wählers (...), der die politischen Angebote (...) gegeneinander abwägt“ (Klein 2005: 83). Dabei kann man aus der Untersuchung auch den gegenteiligen Schluss weitgehender Unkenntnis programmatischer Dokumente ziehen, denn sie zeigt außerdem, dass die Mehrheit der Wähler nicht nur die Position der FDP in der Zuwanderungsfrage völlig falsch einschätzt, sondern auch zwischen der konkreten Frage der deutschen Beteiligung am Irak-Krieg und den Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Allgemeinen nicht differenziert.



anderen programmatischen Positionen zur Aufmerksamkeit zu verhelfen (Tils 2013).<sup>23</sup>

Die demokratietheoretische Bedeutung von Parteiprogrammen hängt stark von der theoretischen Perspektive auf deren Bedeutung für die Wahlentscheidung ab. Von den vier großen in der Wahlforschung unterschiedenen Erklärungsansätzen (Eith/Mielke 2003) weisen insbesondere der individualpsychologische Ansatz (Campbell 1960) und noch stärker das Modell des rationalen Wählers (Downs 1957/1968) den Parteiprogrammen eine entscheidende Rolle zu.<sup>24</sup> Ersterer geht davon aus, dass neben die langfristige, sozialisationsinduzierte Bindung des Wählers an eine Partei die Orientierung an Sachfragen und an Kandidaten als kurzfristige Entscheidungsfaktoren treten. Letzterer geht sogar von einer rein rationalen Kosten-Nutzen-Kalkulation des Wählers aus. In beiden Modellen spielt die zu Positionierung zu Sachfragen, wie sie in Parteiprogrammen, und insbesondere in Wahlprogrammen, zum Ausdruck kommt, eine entscheidende Rolle.

---

<sup>23</sup> Die Berichterstattung über die Grünen konzentrierte sich stark auf die Punkte Finanzpolitik, Veggie Day und Pädophilie-Vergangenheit. Der Partei gelang es kaum, darüber hinaus weitere Themen wie die Gestaltung der Energiewende zu platzieren.

<sup>24</sup> Die anderen beiden Erklärungsansätze, der soziologische Ansatz und das Lebensstil-Modell, sind schwerer mit einer herausragenden Rolle von Parteiprogrammen in Einklang zu bringen.

<http://www.springer.com/978-3-658-17897-0>

Parteiprogramme im Wandel

Ein Vergleich von FDP und Grünen zwischen 1971 und  
2013

Anan, D.

2017, XI, 376 S. 11 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-17897-0